

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXV/113

Bonn, den 23. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>BUKAREST - BONN</u>	37

Zum Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer

2 - 3	<u>Das Saarland nach dem 14. Juni</u>	65
-------	---------------------------------------	----

Versuch einer Wahlanalyse
Spannungen zwischen der Jungen Union und der CDU

4	<u>Entscheidung in Epinay?</u>	38
---	--------------------------------	----

Zum Parteitag der französischen Sozialisten

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Den deutschen Interessen dienen
Ein strukturpolitisches Problem ersten Ranges
Den Status quo friedlich überwinden
Dynamisierung der Unterhaltshilfe vordringliches Ziel
Deutschunterricht in der CSSR
Erich Wolfram folgt Ernst Paul
Eine polnische Bilanz
Budapest attackiert Sender "Freies Europa"

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 5300 Bonn 9,

Heussallee 2-10, Pressehaus I, Zimmer 217-224, Telefon: 228037-38, Telex: 886846 / 886847 / 886848 PPP D

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Chefredakteur: Dr. F. Robert Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler

BUKAREST - BONN

Zum Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer

sp - Der rumänische Ministerpräsident Gheorghe Maurer, der sich zu einem Fünf-Tage-Besuch in der Bundesrepublik aufhält, ist ein gern gesehener Gast. Er vertritt ein Land, das Bewunderung und Respekt verdient. Rumänien, Mitglied der Warschauer Paktstaaten, gelang es, gute Beziehungen sowohl zu NATO-Ländern, als auch zu blockfreien Staaten zu pflegen. Auch mit dem China Mao-tse-Tungs steht es auf gutem Fuß, eine Leistung, die, zieht man die besondere Lage Rumäniens in Betracht, kaum ein Beispiel findet. Die rumänische Diplomatie verfügt über einen reichen Schatz von internationalen Erfahrungen. Die deutschen Gesprächspartner werden gewiß daraus Nutzen zu ziehen wissen.

Die vor drei Jahren erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest kam beiden Staaten zugute. Im westlichen Außenhandel Rumäniens nimmt die Bundesrepublik Deutschland die erste Stelle ein. Auf rumänischer Seite besteht der Wunsch nach einer Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; er dürfte auf deutscher Seite auf offene Ohren stoßen. Hochwillkommen ist auch das Angebot der Bundesregierung, Rumänien bei der Linderung der durch die Hochwasserkatastrophe entstandenen Nöte zu helfen. Die Schäden, die die Flut verursachte, übertreffen jene des Zweiten Weltkrieges in diesem Teil Europas.

Mit großem Interesse verfolgt Rumänien die Bemühungen der Regierung Brandt/Scheel, auch mit den Ländern der Warschauer Paktstaaten zur Verständigung und zum Ausgleich zu kommen. Die aktivierte Deutschland- und Ostpolitik findet in Bukarest viel Verständnis und Sympathien. Hier gibt es zwischen beiden Ländern trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Für beide Staaten gilt die Sicherung des Friedens als das oberste Gebot ihrer Politik, dem alles andere untergeordnet ist.

Die Gespräche zwischen dem rumänischen Ministerpräsidenten und seinen deutschen Partnern gelten deshalb nicht allein der Verbesserung beiderseitiger Beziehungen, sie beziehen sich auch auf das weite und schwierige Gebiet des Zustandekommens einer europäischen Sicherheitskonferenz, die, sorgfältig vorbereitet, eines Tages stattfinden muß, wenn in Europa für alle Völker und Staaten ein gesichertor Friede einkehren soll.

Das Saarland nach dem 14. Juni

Versuch einer Wahlanalyse

Spannungen zwischen der Jungen Union und der CDU

sp - Sämtliche Propheten an der Saar hatten diesmal versagt, alle Wetten um die Zusammensetzung des neuen Landtages gingen daneben. Wider jedes Erwarten ist es der FDP/DPS diesmal nicht gelungen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Sie hat nur 4,4 Prozent der rund 784.000 Stimmen mit dem Resultat bekommen, daß es zwei Sieger der Landtagswahl vom 14. Juni 1970 gab: Die CDU, die die Zahl ihrer Abgeordneten von 24 auf 27 erhöhen konnte, und die SPD, die nun 23 statt 21 Mandate verzeichnen kann. Bei einer Differenz von vier Abgeordneten für die CDU gibt es für diese eine klare Regierungsmehrheit, aber schon die Diskussionen der ersten Woche zeigen, daß es für Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder (60) vielleicht schwerer ist, eine reine CDU-Regierung zu bilden als eine Koalitionsregierung, innerhalb derer der Mini-Partner, wie bisher, ein Regulativ gegenüber CDU-internen Querelen bildet.

Genau genommen hat die SPD seit der ersten Landtagswahl nach der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 im überwiegend katholischen Saarland unwahrscheinlich viel an Terrain gewonnen. Damals, am 18. Juli 1958, erhielt sie sieben Sitze von 50, heute hat sie mit 23 mehr als das Dreifache. Und wenn es eines Beweises dafür bedurft hätte, daß die FDP als Junior-Partner der CDU von dieser, wie SPD-Sprecher Kurt Conrad in der Wahlnacht sagte, "ausgesogen" wird - hier ist er! Selbst die beachtlichen Industrieansiedlungs-Erfolge des FDP-Ministers Dr. Reinhard Koch (49), genau genommen der einzige Erfolg der verflochtenen Koalition, konnten seine Partei nicht davor retten, zumindest für fünf Jahre von der parlamentarischen Bühne an der Saar zu verschwinden.

Kurt Conrad hat nach der Wahl seinen Wunsch erneuert, die Führung der Fraktion an den 45jährigen Oberbürgermeister der Hüttenstadt Neunkirchen, Friedrich Regitz, abzugeben. Er konnte dies umso eher tun, als die SPD in Regitz' Einzugsbereich einen Wählerfolg hatte, der weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Zweifellos wird die Opposition der SPD durch die Polarisierung auf zwei Parteien härter werden als bisher. Und insgesamt dürfte sich im Parlament manches ändern, denn 24 der 50 Abgeordneten sind neu im Landtag, und das Durchschnittsalter der Parlamentarier (Mitte 40) hat sich wesentlich gesenkt. Benjamin des neuen Landtages, dessen Amtszeit am 1. Juli beginnt, ist der 26jährige SPD-Abgeordnete Oskar Lafontaine, Saarbrücker Diplom-Physiker, der schon Monate vor der Wahl durch den offenen Vorwurf der Korruption gegenüber einigen Mitgliedern der Koalitionsparteien, darunter dem amtierenden CDU-Landtagspräsidenten Dr. Hans Maurer, zeigte, daß er nicht zu den zahmen Routine-Rednern gehört. Der gegen ihn eingeleitete Prozeß schein-

terte beim ersten Termin an der "Unabkömmllichkeit" wichtiger Zeugen und dürfte nun, wegen allgemein erreichter Immunität, versanden.)

Daß die Bildung einer neuen Regierung nicht nur eine "Auffüllung" der (bisherigen FDP-) Ressorts Wirtschaft und Arbeit durch CDU-Minister bedeutet, wurde spätestens klar, als im Anschluß an eine Sitzung des Landrates der Jungen Union deren Vorsitzender Manfred Montnacher (34), Neu-MdL und kaufmännischer Geschäftsführer in dem Mini-Ort Gisingen, Kreis Saarlouis, der Presse die Vorstellungen des Unionsnachwuchses präsentierte. Die JU wünscht, so Montnacher, "ein ausgeklügeltes Sachprogramm, das die neue Landesregierung vorlegen muß." Ohne Rang-Reihenfolge präsentierte Montnacher eine "Mannschaft", die nach JU-Ansicht künftig in Regierung und Parlament die wichtigsten Posten einnehmen soll. Der Landrat habe außerdem beschlossen, daß der bisherige Justizminister und Saarvertreter in Bonn, Alois Becker, "auf Grund seines angegriffenen Gesundheitszustandes" künftig nicht mehr antieren sollte. Als man ihn fragte, ob er ein ärztliches Attest über Beckers Zustand besitze, bat er die Journalisten, das Gesundheitsmotiv zu "streichen", und erklärte: "Die Junge Union ist der Ansicht, daß Justizminister Becker im Wahlkampf nicht als Führungspersönlichkeit der CDU für die Zukunft überzeugen konnte." Im übrigen erforderten die Saar-Interessen in Bonn einen Mann, der sich ausschließlich deren Vertretung widmen könne und nicht auch noch ein Ressort zu verwalten habe.

Am Folgetag konterte Ministerpräsident Röder prompt: Die JU sei "nicht die Institution, die über die Qualifikation von Ministern zu entscheiden habe", ließ er verlauten, und er gedenke nicht, Becker der JU zu opfern. Montnacher, der die Wahlkampf-Verdienste der Jungen Union sehr selbstbewußt hervorhebt, ließ aber keinen Zweifel daran, daß seine Organisation bei der Umstellung der CDU-Politik auf ein "politisches Management" mitsprechen will. Er stellte u.a. auch die Zweckmäßigkeit der bisherigen Ressort-Einteilung in Frage, in deren jüngster Neuordnung sich die Integration des Aufbau- ins Innenministerium praktisch bewährt hat.

Zu Spekulationen, der bisherige Kultusminister Werner Scherer (42) wolle oder solle Wirtschaftsminister werden, sagte Scherer, schon die Tatsache, daß sein Plan zur Reform des Bildungswesens "Scherer-Plan" heiße, sage deutlich aus, daß er sein Ressort nicht abgeben wolle. Tut er dies nicht, dann dürfte er sich angesichts der steigenden Eltern-Kritik am Schulwesen auf harte Auseinandersetzungen gefaßt machen.

+ + +

Entscheidung in Epinay?

Zum Parteitag der französischen Sozialisten

Der Parteitag der französischen Sozialisten, der am Wochenende im Pariser Vorort Epinay stattfand, hat erwartungsgemäß mit der Annahme des seit Wochen heftig diskutierten Aktionsprogramms geendet. Dieses Aktionsprogramm, das auch die Fortführung des sogenannten "Dialoges mit der Kommunistischen Partei Frankreichs" beinhaltet, fand auf dem Parteitag selbst einen nur noch zahlenmäßig geringen Widerspruch unter den Delegierten. Es war vor allem der Abgeordnete Chandernagor, der in einer leidenschaftlichen Rede sich dafür einsetzte, diesen Dialog als für beendet anzusehen, da eine Fortführung angesichts der unverändert doktrinären Einstellung der französischen Kommunisten zu nichts führe. Für einen Augenblick schien es, als werde an dieser Frage der Parteitag auseinanderbrechen.

Dem einstigen Generalsekretär der SFIO, Guy Mollet, gelang es jedoch, der persönlich einen großen Anteil an der Vereinigung der SFIO mit den Gruppen um den heutigen ersten Sekretär der französischen Sozialisten, Alain Savary, hatte, die Einheit der neuen Partei aufrechtzuerhalten. Für wie lange allerdings, das weiß niemand. Der aufmerksame ausländische Beobachter hat allen Grund, mit gewisser Sorge den Gang der französischen Sozialisten zu betrachten, auch wenn er Verständnis für die sehr schwierige Lage dieser Partei angesichts des gut organisierten Blocks der Kommunisten auf der einen und der Gaullisten auf der anderen Seite hat.

Der beachtliche Erfolg des Generalsekretärs der Radikalsozialisten, Jean-Jaques Servan-Schreiber, in Nancy dürfte nicht ohne Einfluß auf die Partei Savarys bleiben, auch wenn partei-offiziell eine Gegenposition zu Schreiber eingenommen worden ist.

Es muß mit Recht bezweifelt werden, ob die Annahme des Fraktionsprogramms für die Zukunft die sachlich beste und politisch richtige Entscheidung war. Zumindest hat der Abgeordnete Chandernagor dies infrage gestellt.

Auch die französischen Sozialisten werden in Zukunft nicht der Frage ausweichen können, welchen Beitrag sie dazu leisten können, daß zwischen den Blöcken der Gaullisten und Kommunisten in Frankreich eine moderne soziale und demokratische Alternative der fortschrittlichen Mitte als Faktor wirken kann. Epinay und Nancy müssen darum in einem Zusammenhang gesehen werden.

Hans Eberhard Dingels